

## Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 12. Dezember.

Die 7. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 11 1/2 Uhr vom Präsidenten v. Forderbeck eröffnet.

Die Kommission zur Vorberathung der Entwürfe, betreffend die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer und den Zusatz zur Verfassung ist gewählt und hat sich konstituiert. Abg. Birchow ist zum Vorsitzenden, Wachler zu dessen Stellvertreter, Schmidt (Sagan) zum Schriftführer erwählt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und genehmigt nach wenigen einleitenden Worten Seitens des Berichterstatters Abg. v. Benda ohne Diskussion den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Staatschapes, wie er aus den Beratungen der Budgetkommission hervorgegangen ist. Das Haus beschließt sodann den Gesetzentwurf, betreffend Befreiungen von der Klassensteuer und die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer einer besondern Kommission von 21 Mitgliedern, und den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung einer Summe von jährlich 142,000 Thlr. und eines Kapitals von 46,380 Thlr. an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirkes Wiesbaden der Budgetkommission zu überweisen, und fährt sodann in der Generaldiskussion über den Staatshaushalts-Etat fort.

Es erhält zuerst das Wort der Abg. Birchow: Er bittet den Finanzminister, dahin zu wirken, daß ein Reichsfinanzminister geschaffen würde; er erkennt an, daß der preussische Finanzminister die Interessen Preussens sehr gut gewahrt hätte, daß er immer auf die Wünsche des Hauses, wie man das sonst vom Ministerielle nicht gewohnt sei, eingegangen sei. Dann rügt Redner, daß sich jeder Minister bloß um den ihn angehenden Etat bekümmere, nicht aber in das Ganze einbringe, daß kein gemeinsames Prinzip im ganzen Ministerium herrsche. Der Finanzminister habe sich darauf berufen, daß ein nicht geringer Theil derjenigen Resultate, welche zu der jetzigen Finanzlage geführt haben, den preussischen Institutionen zu verdanken sei. Er (Redner) erkenne das an, aber es frage sich, wie man diese Traditionen interpretire. Der Finanzminister würde nicht behaupten wollen, daß er diese Traditionen von seinem Vorgänger überliefert erhalten habe (Heiterkeit). Er setze voraus, daß die dem Finanzminister aus einem Umwege zugekommen seien. Was die Gymnasiallehrer angeht, so werde jetzt nur der Normaletat von 1863 erfüllt, die anderen Lehrer, welche die Normalbesoldung haben, sollen also versorgt sein? Das sei doch eine bedenkliche Aeußerung seitens des Finanzministers und es sei wirklich noch als Glück anzusehen, daß sich noch Leute finden, welche diese Lehrerrückstände einschlagen. Redner wünscht dann eine Verbesserung des Gehalts der Kreisärzte und hält ferner nicht die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer für das dringendste, sondern die der Zeitungs- und Kalendersteuer. Schließlich legt er noch Protest ein gegen die Aeußerungen des Abg. v. Gottberg gegen die Stadt Berlin, wonach in der Einschätzungskommission De-fraudationen vorgekommen sein sollen. Das sei un-wahr; die städtischen Kommissionen und besonders die Berliner schätzen weit richtiger ein, als die ländlichen.

Abg. v. Wedell-Malchow wendet sich zunächst gegen einige Aeußerungen des Vorredners und zwar gegen die, daß das Ministerium aus einer bunten Zusammensetzung bestehe. Das sei erstens eine persönliche Ansicht und zweitens könnte man auch ein von der Krone berufenes Ministerium, von dem man so gute Erfolge gesehen habe, nicht bunt nennen. Wenn er ferner gesagt habe, daß er (Redner) und seine Partei um 30 Jahre zurück sei, daß sie sich aber besserten, so acceptire er dieses Lob, obgleich es schulmeißlerlich klinge, könne aber das Erstere nicht ganz zugeben. Sie mögen zurück sein, aber nicht so weit. Man müsse überhaupt nicht solche Reden, die Erbitterung hervorrufen könnten, führen; er (Redner) möchte nicht erinnern an die früheren Rathschläge der andern Partei, mit deren Politik man nicht Schleswig-Holstein für Deutschland gewonnen, Oesterreich beigestellt, die Einlegung Deutschlands herbeigeführt haben würde. Die Bildung hänge vielmehr von der Schule ab, und seine Partei sei immer gern bereit, für Schulen Alles zu bewilligen. — Dann wendet sich Redner gegen die Aeußerungen des Vorredners über die ländlichen Einschätzungskommissionen; allein richtig kann auf dem Lande eingeschätzt werden, wo nicht so viel baares Geld sei, als in den Städten. Schließlich ersucht Redner den Finanzminister, bei der Steuerreform auch die Aufhebung der Eingangsölle und des Stempels bei Uebertragung von Immobilien ins Auge zu fassen.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Bei der

Spezialdiskussion werden die Etats für das Herrenhaus und für das Abgeordnetenhaus mit 40,910 resp. 243,000 Thlr. angenommen.

Das Haus genehmigt mit sehr großer Majorität einen vom Abg. Berger gestellten Antrag, dem Etat für das Abgeordnetenhaus folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Die Anstellung aller Beamten und Diener des Hauses steht dem Präsidenten zu. In der Zeit zwischen zwei Sessionen übt das Recht der Präsident der vergangenen Session.“

Bei der Berathung des Etats für das Staatsministerium wird der Antrag, dem nächsten Etat einen Spezial-Etat des Staats-Anzeigers zuzufügen angenommen.

Abg. Hänel beklagt die kärgliche Dotirung des Etats für die Archive.

Der Reg.-Kommissar Dunder konstatiert, daß die Angelegenheit der Archive in Kopenhagen und deren Auslieferung noch in der alten Lage sei, aber daß Letztere zu erwarten sei.

Abg. Schmidt (Stettin) bittet, man möge den Etat der Archive besser dotiren, um den Archivars-Sekretären, die eine sehr tüchtige wissenschaftliche Vorbildung genossen haben müßten, ein ausreichendes Gehalt, und für Bibliothek und andere Zwecke der Archiv-Verwaltung größere Mittel gewähren zu können.

Zum Etat der Landesverwaltung des Jadede-bietes beantragen die Kommissarien des Hauses, die Regierung aufzufordern, die Reorganisation der Verwaltung des Jadede-bietes und insbesondere die Auflösung des Admiralitäts-Kommissariats ungesäumt herbeizuführen.

Die Abgg. Schmidt (Stettin) und Lauenstein begründen den Antrag, indem sie darauf hinweisen, daß das Admiralitäts-Kommissariat eine bloße Sinecure, deren Aufhebung durch das Haus bereits mehrfach beschlossen und auch von der Regierung in Aussicht gestellt sei.

Regierungskommissar Homeyer und Minister Camphausen erklären, daß die Angelegenheit dem Staatsministerium zur definitiven Beschlußfassung vorliege und daß die Hoffnung vorhanden sei, in Kurzem eine Neugestaltung jener Verhältnisse herbeizuführen.

Der Antrag der Kommissarien wird hierauf angenommen.

Bei dem Etat des Finanzministeriums, Kap. IV (Pensionen) beantragen die Kommissarien des Hauses, daß ein neues Pensionsgesetz noch in dieser Session vorgelegt werde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, nachdem der Finanzminister erklärt hat, daß er bereits seinen Kollegen Vorschläge über ein neues Civil-Pensions-Reglement gemacht habe, daß er aber nicht dafür einsehen könne, daß die betreffende Vorlage noch in dieser Session an das Haus gelange. Ein Beschluß des Staatsministeriums über seine Vorschläge sei noch nicht erfolgt.

Bei Kap. 12. Tit. 3 (400,000 Thlr. Unvorhergesehene Ausgaben, Haupt-Extraordinarium) macht Abg. Kasper geltend, daß für die Zukunft wirklich nur unvorhergesehene Ausgaben durch diesen Titel gedeckt werden, aber nicht solche, die an sich nicht möglich sein mögen, aber vorhergesehen werden und daher zur Indikation des Hauses gehören, wie Rentenablösungen und Entschädigungen.

Reg.-Kommissar Hoffmann glaubt diese Verwendung durch die schwer zu begrenzende Natur des Haupt-Extraordinariums rechtfertigen zu dürfen und findet es nicht anstößig, wenn aus demselben theilweise auch Renten abgelöst werden, weil der eigentliche Ablösungsfonds dazu nicht ausreicht.

Abg. Kloss (Berlin) findet diese Auffassung nicht korrekt, da in einem solchen Falle eine unzuverlässige Etatsüberschreibung vorliege.

Abg. Lauenstein mahat bei dieser Gelegenheit an die endgültige Regelung der bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Hannover, um der dort herrschenden Rechtsunsicherheit ein Ende zu machen. Der Minister des Innern verspricht Abhilfe durch eine Vorlage noch in dieser Session.

Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 175,000 Thlr. zur Bestreitung der durch Einziehung von Münzen entstehenden Kosten. Diese Summe wird auf Antrag der Kommissarien des Hauses unter Zustimmung des Regierungs-Vertreters Geh. R. Hoffmann auf 75,000 Thlr. herabgesetzt.

Zum Anlauf eines Grundstücks für die Regierung zu Danzig werden 30,000 Thlr. verlangt. Die Kommissarien beantragen, diese Summe nicht zu bewilligen, event. mit der Bewilligung die Erwartung auszusprechen, daß das Präsidialbureau in dem Regierungs-Dienstgebäude verbleibe, und die Räumlichkeiten in dem anzukaufenden Gebäude, soweit sie für das Wohnungsbedürfnis des Präsidenten entbehrlich

sind, für andere Verwaltungszwecke werden nutzbar gemacht werden.

Abg. Hoene ist prinzipiell für die Streichung der 30,000 Thlr. und hofft, daß dadurch der Neubau eines Regierungsgebäudes für Danzig beschleunigt werden würde, während es sich hier nur um eine Präsidialwohnung handle.

Minister des Innern: Augenblicklich sei für diesen Zweck kein Geld vorhanden. Das dringendste Bedürfnis sei in Danzig eine Dienstwohnung für den Regierungspräsidenten: nur Danzig und Arnberg entbehren einer solchen. Da noch nicht feststehe, wann der Bau eines größeren Regierungsgebäudes stattfinden könne, so möge man zunächst die Wohnungsfrage lösen, deren Wichtigkeit Lasten dargethan habe.

Hiermit ist die Debatte geschlossen. Die Forderung der Regierung wird, dem Hauptantrage der Kommission entsprechend, wie die Zählung ergibt, mit 155 gegen 123 Stimmen abgelehnt, wodurch der eventuelle Antrag der Kommission erledigt ist.

Damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt und die heutige Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung 3 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

## Deutschland. 2

\*\*\* Berlin, 12. Dezember. Die rauhe Witterung der letzten Tage beginnt, in ihren Folgen sich bis in die höchsten Kreise hinauf bemerkbar zu machen. Der Kaiser ist, theils noch nach den jüngsten Jagden bei Springe, von einer leichten Erkältung befallen, die sich namentlich in völliger Heiserkeit äußert, den Monarchen aber nicht verhindert, die gewöhnlichen Besuche zu empfangen. In dem Befinden des Reichs-kanzlers ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß der Fürst heute schon auf kurze Zeit das Zimmer verlassen und im Garten sich ergehen konnte. Der Staatssekretär von Thile und der Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rath Wehrmann aus dem Staatsministerium sind hingegen immer noch leidend. Für letzteren hat der aus der Schweiz heut zurückgekehrte Geh. Rath Wagner die jenem zufallenden Geschäfte als Rath des Staatsministeriums übernommen, während die Vertretung als vortragender Rath beim Könige der Geh. Kabinetts-Rath von Wilmowski mitversieht. Um die Personal-Angelegenheiten für heute zu Ende zu führen, sei einer irrigen Mittheilung erwähnt, welche von der „Schl. Z.“ aus ihrer weiteren Verbreitung gefunden hat, die nämlich, daß der Regierungs-Präsident von Ende von Schleswig nach Oppeln versetzt sei; es kann vielmehr auf Grund besser Informationen versichert werden, daß der Genannte aller Wahrscheinlichkeit nach für das Regierungspräsidium in Düsseldorf bestimmt ist. — Graf Usedom, früherer Vertreter Preussens am italienischen Hofe, wird, vorläufig auf 6 Wochen (nicht auf 6 Monate, wie die „K. Z.“ mittheilt), dem Kronprinzen in dessen Eigenschaft als Protektor der königlichen Museen rathend zur Seite treten. Der genannte Diplomat war schon vor Jahr und Tag zum General-Intendanten der hiesigen Kunstankalten designirt, leistete aber Verzicht auf diesen Posten unter dem Hinweis, seiner Gesundheit wegen einen längeren Aufenthalt im Süden nehmen zu müssen; ein Grund, der auch jetzt nicht ohne Einfluß auf des Grafen Annahme und die Dauer derselben gewesen ist. — Die sehr deutlichen und verschiedenen Kundgebungen des Kaisers von Rußland bei Gelegenheit des Georgenfestes haben nicht verfehlt, die märchenhaften Gerüchte Lügen zu streifen, welche eben erst in der ausländischen Presse wieder aufzutauhen begannen; namentlich hat man endlich selbst in französischen Kreisen, wo man sonst sich der Wahrheit gern möglichst lange verschließt, nicht umhin gekonnt, Alt von dem Toast des russischen auf den deutschen Kaiser zu nehmen; das „Journal des Debats“, ein der Thiers'schen Politik nicht allzu fernstehendes Organ, fühlt sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß jener Trinkspruch, wie wenig man auch auf Tischreden geben könne, doch ein sehr beabsichtigter zu sein schiene, der das genannte Blatt an den „mächtigen Philipp“ erinnere. — Schließlich sei für heut noch eines sehr bemerkenswerthen Artikels der „Volkszeitung“, welcher gegen den momentanen Gründungschwindel gerichtet ist, und der Preiserhöhung der „Germania“ Erwähnung gethan, die ihren Abonnementsatz um fast den dritten Theil erhöht, den Arbeiterklassen aber den alten Preis gewährt — ein neues Zeichen von Geistesverwandtschaft mit allem Internationalen, das sie so hartnäckig zu verlaugern bestrebt ist.

Berlin, 12. Dezember. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern in einer Abend-sitzung mit den Vorlagen der Staatsregierung in Bezug der Konsolidation der Staatsschuld, nämlich Rechenschaftsberichte über die Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 und dem ferner-

weiten Entwurf eines „Gesetzes, betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen.“ Während jener Bericht zu Erinnerungen keinen Anlaß gab und einfach zur Kenntniß genommen wurde, ließ dieser Gesetzentwurf trotz der Befürwortung durch beide Referenten (Abg. v. Wedell-Malchow und v. Hennig) auf lebhaften Widerspruch. Man schloß sich zwar allseitig der (im §. 1 des Entwurfs ausgesprochenen) Absicht der Staatsregierung an, der Konsolidation in der bisherigen Weise ein Ende zu machen und fand in diesem Betrach die gewählte Frist (31. Januar 1872), während welcher es den Gläubigern noch gestattet sein sollte, ihre Papiere gegen solche der konsolidirten Schuld umzutauschen, sogar zu ausgiebig; man vermehrte den Grund, weshalb man den Gläubigern, die seiner Zeit sich nicht auf die Konsolidation eingelassen hätten, die Prämie des noch immer steigenden Courses der konsolidirten Anleihe so lange gewähren sollte; in gleicher Richtung meinte man aber auch, die gegenwärtige Zeit überhaupt für ungeeignet halten zu müssen, von Staatswegen mit der Konsolidation fortzufahren, wie die Regierung durch Kündigung der unkonsoolidirten Papiere und Ausgabe von konsolidirten an deren Stelle thun wolle. Der dabei für den Staat sich ergebende Coursegewinn könne nicht in Betracht kommen, zumal er nur realisirbar sei durch eine dem Finanzminister rücksichtlich des Ver-

kaufs der konsolidirten Staatspapiere einzuräumende Freiheit, welche vom konstitutionellen Standpunkte nicht ohne Bedenken sei. Die Hauptsache aber sei, daß die Konsolidation auf Grundlage des Gesetzes vom Jahre 1869 gleichbedeutend sei mit der Verpflichtung, bis zum Jahre 1881 die konsolidirte Schuld nicht zu kündigen; die Amortisation derselben könne bis zum genannten Jahr nur mittelst Rückkauf geschehen, d. h. bei dem gegenwärtigen Stande des Geldmarktes, der ein weiteres Sinken des Zinsfußes in Aussicht stelle, zu voraussichtlich noch lange steigendem Course, wodurch auch jeder Gewinn, der jetzt aus dem Verlaufe konsolidirter Schuld zu machen sei, künftig nahezu aufgewogen werden möchte. Angesichts der Erwartung von Geldsummen aus der französischen Kriegskontribution, welche gar nicht anders verwandt werden könnten als zur Tilgung von Staatsschulden, sei es nicht zu verantworten, gerade jetzt die Möglichkeit solcher Tilgung zu erschweren. Man erörterte deshalb in der Kommission auch den Gedanken, ob nicht vielleicht die neue Konsolidation unter dem Vorbehalte der Kündigung zugelassen sei, ließ denselben aber fallen, da man sich überzeugte, daß damit eine wesentliche Seite der Konsolidation, die Umstiftung der Staatsschuld, aufgegeben würde.

Der §. 2, welcher den Finanzminister ermächtigen sollte, die unkonsoolidirten 4 1/2 prozentigen Staatspapiere einzuziehen und dagegen konsolidirte zu verkaufen, wurde mit 20 gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Auf die Frage, ob die Regierung das so genannte Gesetz, welches jetzt einfach die Schließung der Konsolidation festsetzen würde, annehmen werde, war der Regierungskommissarius nicht in der Lage, eine Antwort geben zu können. — Abg. Nasse wird mündlichen Bericht über die Verhandlungen der Kommission an das Plenum erstatten.

Gestern früh hat hier die Unterzeichnung des Vertrages mit Nordamerika, betreffend die Konsularverhältnisse und die Fabrikmarken, stattgefunden.

Magdeburg, 12. Dezember. Das Eis steht seit heute Nacht in der Stromelbe vollständig.

Weimar, 12. Dezember. Der Erbgroßherzog hat sich mit der Prinzessin von Oldenburg, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, verlobt.

Karlsruhe, 12. Dezember. Die Abgeordnetenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der deutschen Gewerbeordnung im Großherzogthum Baden, in zweiter Lesung einstimmig an. Das Gesetz ist hierdurch definitiv genehmigt.

Stuttgart, 12. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer bestätigte der Justizminister von Mittnacht, daß der Antrag Lasters, betreffend Ausdehnung der Reichsgesetzgebung auf das gesammte Civilrecht im Ausschusse des Bundesrathes mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden sei. Die Gutachten der Majorität sowie der Minorität würden gedruckt werden, und hierauf würde die württembergische Regierung über ihre Abstimmung im Plenum des Bundesrathes Beschluß fassen. Der Minister erklärte, er persönlich sei nicht unbedingt gegen die Erweiterung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung. Um dieses Ziel zu erreichen, gebe es zwei Wege, den der Verfassungsänderung und den der verfassungsmäßigen Ausdehnung der Kompetenz in einzelnen Punkten. Er spreche sich für den letzteren Weg als dem erprobteren aus.

Stuttgart, 12. Dezember. Abgeordnetenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründete Dester-



len in längerer Rede seinen Antrag, betreffend die Wahrung der Rechte der Kammer gegenüber einer eventuellen weiteren Beschränkung der Selbstständigkeit Würtemberg durch die Reichsverfassung. Hölder befuhrwortet Verweisung des Antrages an eine Kommission, damit der Kammer Gelegenheit geboten werde, die Frage in nationalem Sinne zu entscheiden. Der Vorschlag auf Verweisung des Antrages an eine Kommission wird genehmigt.

### Ausland.

**Wien, 10. Dezember.** Zwischen der Regierung und den Polen ist eine Art von Waffenstillstand geschlossen worden. Letztere haben nämlich eingewilligt, den Reichsrath zu beschließen und ihr weiteres Verhalten von der parlamentarischen Unterstützung, die ihnen das Ministerium zugesagt hat, abhängig zu machen. Mit den Polen ist nun allerdings das Ministerium Auerperg der Majorität im Abgeordnetenhaus sicher, ohne die Polen aber nicht; das stellt sich jetzt schon heraus. Auf das Herrenhaus dagegen kann sich das Ministerium verlassen, auch ohne den bevorstehenden, übrigens dem Umfange nach unbedeutenden Patroschub, der zudem Männer betrifft, deren Ernennung zu Herrenhausmitgliedern von der öffentlichen Meinung kaum anders als anerkennend beurtheilt werden kann. Mit der Neubesehung einiger Statthalter-Posten soll dagegen das Ministerium höchsten Ortes auf einige Schwierigkeiten stoßen.

**Paris, 10. Dezember.** Die Frage in Betreff der Prinzen von Orleans scheint bis jetzt durchaus nicht gelöst zu sein. Das offiziöse Organ der Prinzen, das „Journal de Paris“, veröffentlicht heute Abend zwei sehr scharfe Artikel über diese Frage, in denen offen ausgesprochen wird, daß die Einbringung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der Güter der Familie Orleans ersichtlich in diesem Augenblicke nur geschehen sei, um dadurch die Prinzen von dem Eintritt in die Versammlung abzuhalten. Die „Agentur Havas“, welche bekanntlich zu offiziellen Mittheilungen aus Versailles benützt wird, meldet dagegen, daß es sich bei den Vorstellungen, welche den Prinzen hinsichtlich ihres Eintrittes in die Versammlung gemacht worden, lediglich darum gehandelt habe, ob der Eintritt „in diesem Augenblicke zeitgemäß sein würde.“ Jedenfalls ist hier ein „schwarzer Punkt“ und die Börse war deshalb auch trotz der verjöhnlichen Nachrichten aus Versailles noch trauer als gestern.

Nach den offiziellen Mittheilungen des Observatoriums haben wir in der Nacht von Freitag auf Sonnabend 21 $\frac{1}{2}$  Grad Kälte (Celsius) gehabt. Es ist das die stärkste Kälte, welche in Paris seit 1788 konstatiert worden ist. In der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember 1788 war der Thermometer auf 21 $\frac{1}{10}$  Grad unter Null gefallen. Heute Abend 9 Uhr zeigt mein Thermometer 18 $\frac{1}{2}$  Grad. Wer die Pariser Kamme kennt, wird uns bemitleiden.

**Paris, 10. Dezember.** Der Toast des Kaisers von Rußland hat hier die Wirkung eines Sturzbades ausgeübt. Die französisch-russische Allianz, die russischen Rüstungen, die nahe bevorstehenden Verhandlungen zwischen Preußen und Rußland waren stehende Artikel in der französischen Presse geworden; beinahe täglich konnte man in einer oder anderen Zeitung irgend eine Nachricht darüber lesen, und die absurdesten Erfindungen fanden Glauben. Die Ernennung des Fürsten Orlov, der aus irgend einer unbekanntenen Ursache bei den Pariser Journalisten „als der Verächter der russisch-französischen Allianz“ gilt, hatte in letzter Zeit die Hoffnungen aufs Höchste getrieben, so daß „Gaulois“ und Konferten schon von französischen Offizieren erzählten, welche mit hohem Golde in die Dienste des Czaren getreten seien. Wenn man bedenkt, daß sich das französische Offizierskorps soeben keineswegs mit Ruhm bedeckt hat, so muß man annehmen, daß diese Erfindung der Pariser Blätter in den militärischen Kreisen von St. Petersburg einen eigenthümlichen Eindruck gemacht haben wird. — Nun bringt der Telegraph einen Toast des Czaren, der alle diese frommen Wünsche und schönen Hoffnungen zu Schanden macht. Die Pariser Journalisten sind aber an dergleichen Enttäuschungen seit dem Juli 1870 so sehr gewöhnt, daß sie sich von diesem Schläge sehr bald erholen werden. Sie werden nun die Legende vom russischen Thronfolger wieder hervorzuziehen und dieselbe neu zuzuziehen. Damit wird sich denn das Publikum vorläufig begnügen müssen.

Wie aus Versailles berichtet wird, hat der deutsche Gesandte Graf von Arnim Gelegenheit gehabt, Herrn Thiers ob der auf Deutschland bezüglichen Stellen seiner Botschaft zu beglückwünschen. — Aus Havre schreibt man, daß sich dort gestern der Graf v. Arnim-Boitzenburg an Bord der „Cimbria“ nach Newyork eingeschifft hat; dieser Diplomat, der früher der hiesigen Botschaft attaché und zuletzt bei den Frankfurter Unterhandlungen thätig war, ist bekanntlich zum ersten Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Washington ernannt.

**Paris, 12. Dezember.** Die Kommission für Berathung des Wahlgesetzes beschloß, daß die Wahlfähigkeit durch das vollendete 25. Lebensjahr und einjähriges Domizil bedingt ist, das Wahlrecht den aktiven Militärpersonen versagt, die Stimmenabgabe aber sonst eine obligatorische sein soll. Es wird versichert, daß die Regierung sich mit diesen Vorschlägen meist im Einklange befindet.

Wie verlautet, gedenkt Thiers in der Interpellationskommission sich über die Frage der Rückver-

legung des Regierungssitzes nach Paris auszusprechen. — Die Ergänzungswahlen zur National-Versammlung sind für den 7. Januar ausgeschrieben.

**Versailles, 12. Dezember.** Nationalversammlung. Der Antrag auf Veräußerung des Kronmobiliars wurde abgelehnt. Der Antrag, die Kronjuwelen mit Ausnahme derjenigen historischen Wertbes zu veräußern, wurde der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag.

**Rom, 7. Dezember.** Vor Weihnachten noch soll im Vatikan ein geheimes Konfistorium abgehalten werden, in welchem eine weitere Anzahl italienischer und auswärtiger Bischöfe präkonisirt werden wird. Es heißt, daß der Papst bei dieser Gelegenheit die Allokution halten wird, welche im Konfistorium vom 24. November erwartet wurde, damals jedoch unterblieben ist. Von der Abreise des Papstes hört man vorläufig nicht mehr sprechen; doch kann jeden Tag der Plan wieder auftauchen und, ob und wie bald er sich verwirklicht, ist völlig unersprechbar. Die Rechte der französischen Nationalversammlung soll, wie man hier erzählt, einen Antrag einbringen wollen, nach welchem die Regierung aufzufordern wäre, dem Papste die Gastfreundschaft Frankreichs anzubieten, falls die Ereignisse oder sein bloßer Wille ihn bestimmen sollten Rom zu verlassen; Gladstone soll auf Neus Malta zur Verfügung gestellt haben. Diejenigen, welche in der Abreise des Papstes eine Gefahr für Italien sehen, trösten sich indessen mit der Hoffnung, daß, wenn Pius IX. am Tage der Parlamentseröffnung in Rom geblieben, er auch ferner im Vatikan zu residiren fortfahren werde. Bestimmend wird auf seinen Entschluß wahrscheinlich sein, wie vom Parlament die Frage der religiösen Genossenschaften und der Kirchengüter entschieden wird. Inzwischen verdient bemerkt zu werden, daß im vatikanischen Archiv eine rege Thätigkeit herrscht. Der gegenwärtige Präfect desselben, Monsignor Cardoni, der Theologe der Unschlarkeitslehre, welchen man dem verdientvollsten und unter den wichtigsten Vorwänden seines Amtes entsetzten Vater Theiner zum Nachfolger gegeben, ist eine Kreatur und ein williges Werkzeug der Jesuiten und die ehrwürdigen Väter schalten nach Gefallen in den Räumen, zu denen sonst Jedem der Zugang verschlossen bleibt.

**Venedig, 12. Dezember.** Heute Nacht brach im Seeserjenale Feuer aus. Dasselbe war am Morgen vollständig gelöscht; der Schaden ist unerheblich.

**London, 12. Dezember.** Das neueste Bulletin aus Sandringham, 8 Uhr Morgens, meldet: Der Prinz von Wales hat die Nacht sehr unruhig und in fortwährendem Delirium zugebracht. Es ist keine Besserung eingetreten.

Der Lord Oberichter hat sich nach Genf begeben, um der Präliminarverhandlung des zu Regelung der Alabamafrage zusammen tretenden Schiedsgerichtes beizuwohnen. Zwei dieser Verhandlung ist die Auswechslung der Vollmachten und der sonst dabei in Betracht kommenden Urkunden.

In dem gestern Abend abgehaltenen Meeting der österreichischen Staatsgläubiger wurde der Seiten der ungarischen Regierung angebotene Ausgleichsvorschlag angenommen und auf Grund desselben beschlossen, auf der Londoner Börse ungarische Anleihen einzuführen und offiziell zu notiren.

**Petersburg, 12. Dezember.** Die Kaiserin ist gestern aus der Krim hier eingetroffen. — Wie der „Russische Invalide“ berichtet, hat der Kaiser Graf Moltke zum Ehrenmitglied der Generalstabs-Akademie ernannt.

**Newyork, 12. Dezember.** Mehrere Mitglieder der Internationale wurden verhaftet, weil dieselben Sonntag trotz des Verbotes der Polizeibehörde einen Umzug in der Stadt zu bewerkstelligen suchten. In einem von der Internationale veranstalteten Meeting wurde der Beschluß gefaßt, den Umzug am nächsten Sonntag abzuhalten und die Arbeiter zur Theilnahme an demselben aufzufordern.

### Provinzielles.

**Stettin, 13. Dezember.** Vor dem Eintritte in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung richtete der Herr Vorsteher in Gemäßheit eines früher ausgesprochenen Wunsches, die Sitzungen künftig in der Aula des neuen Stadtymnasiums abzuhalten, an die Mitglieder der Versammlung, des Magistrats und die Vertreter der Presse das Ersuchen, sich zu einer „Probeführung“ Befußung Prüfung der Akustik u. des neuen Lokals dort am Sonnabend Nachmittags 5 Uhr einzufinden. — Von den bisherigen Civilmitgliedern der Kreis-Ersatz-Kommission, den Herren Rentier Beuchel, Kaufmann Boldt, C. E. Meyer und Mühlentischer Otto Schulz ist Ersterer bekanntlich ins Magistrats-Kollegium berufen. Für denselben wird deshalb Herr Kaufmann Jacob Lange (Breitestraße) neu; dagegen werden die übrigen Mitglieder und deren Stellvertreter, die Herren: Lederhändler Grünmayer, Steinfezer C. Klejch, Rentier Lehmann und Kaufmann Ziemsen wiedergewählt. — Das Grundstück „Kübsche Mühle“ nebst ca. 42 Morgen Landereien ist von der „Westend-Gesellschaft“ für 16,000 Thlr. erworben. Der Magistrat hat nun in Rücksicht darauf, daß die Landungen fast unmittelbar an den städtischen Begräbnisplatz bei Nemitz grenzen, und sich der Kaufpreis nur auf 202 Thlr. pro Morgen stellt, vorgehen die Stadt für das Kirchhofland 380 Thlr. pro Morgen hat bezahlen müssen, sich dafür ausgesprochen, daß das der Stadt zustehende Vorkaufrecht

ausgeübt werde. Nach kurzer Debatte entscheidet sich die Versammlung im Sinne dieses Vorschlages. — Dieselbe erklärt sich mit der in Folge bedeutender Frequenz und theilweiser Ueberfüllung der in den beiden Schulen auf Grünhof vorhandenen Klassen dringend notwendig gewordenen Einrichtung von je einer neuen Klasse einverstanden und bewilligt die Lehrergehälter mit 500 Thlr. pro anno, sowie die Einrichtungskosten mit 240 Thlr. — Ferner erklärt sich dieselbe mit dem öffentlichen Verkaufe des 7 Mg. 12 N. großen, hinter Neu-Torney belegenen Turnplatzes, welcher etwa zu  $\frac{1}{2}$  der Stadt, zu  $\frac{1}{2}$  dem Marienstift gehört, zwar einverstanden, spricht indessen, von der Ansicht ausgehend, daß der Werth des Grundstücks sich bei den fortschreitenden Bauten der Westend-Gesellschaft für die Folge jedenfalls heben werde, den Wunsch aus, der Magistrat möge erwägen, ob die Acquisition des ganzen Grundstücks im Interesse der Stadt liege und event. eine bezügliche weitere Vorlage machen. — Die ihrem Inhalte nach bereits von uns erwähnte Entscheidung des Ober-Tribunals in der Prozeßsache des Rentier Siebner wider die Stadt wegen Aufhebung des Kaufvertrages über eine Petrihöfer Parzelle ging nach Kenntnismahme an den Magistrat zurück. — Bewilligt wurden nach dem Antrage des Magistrats, auf Grund eines Gutachtens des Herrn Medizinal-Rathes Dr. Behm, zur Ausführung von Bohrarbeiten und sonstigen Untersuchungen eines bei Stredow aufgefundenen Quarzlagers 200 Thlr. (mit welchen Arbeiten im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden soll), sowie zur Ausführung mehrerer nachträglich beantragten Verbesserungen auf dem Etablissement „Elisenhöhe“ 176 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. — Die Versammlung genehmigte die fernere Zahlung einer Remuneration von jährlich 200 Thlr. aus der Kasse der Friedrich-Wilhelms-Schule an den Direktor derselben und die freihändige Verpachtung eines Theiles des Hofes der Gasanstalt für jährlich 50 Thlr. bei jährlicher Kündigung auf unbestimmte Zeit an den Kaufmann A. H. Zander.

Vom Magistrat lag der Antrag auf Erweiterung des Coetus B der hiesigen städtischen Realschule zu einer Realschule zweiter Ordnung, durch Umwandlung der für diesen Coetus jetzt bestehenden 5 in 6 auf einander folgende Klassen, vor. Für die 5 unteren Klassen soll ein Lehrgang von je einem Jahre, für die oberste Klasse ein solcher von 2 Jahren festgesetzt werden und würden die Schüler, sobald sie 1 Jahr die Prima besucht haben, in Gemäßheit der Militär-Ersatz-Instruktion die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst erlangen, wogegen die Erlangung dieser Berechtigung bei der gegenwärtigen Einrichtung der Schule (in der namentlich kein Latein gelehrt wird) nur dann in Aussicht steht, wenn Schüler die (jetzige) erste Klasse zwei Jahre lang besucht haben und alsdann noch eine besondere Prüfung ablegen. Die Schule in ihrer neuen Einrichtung würde speziell der Aufsicht des königlichen Provinzial-Schul-Kollegii unterstellt werden und für dieselbe demnächst auch ein neuer Etat aufzustellen sein. Die Versammlung erkennt die Wichtigkeit der vorgeschlagenen Erweiterung der Anstalt für die Entwidlung derselben an und genehmigt die Magistratsvorlage ohne Widerspruch. — Eine sehr ausgedehnte Debatte rief die Magistratsvorlage wegen Genehmigung des Ankaufs des dem Herrn Geh. Kommerzienrath Brumm gehörigen, etwa 18,000 N. großen Speichergrundstücks Nr. 19 für den Preis von 40,000 Thlr. Befuß Durchlegung einer Strafe von den Speichern nach der Parnitzstraße und Bewilligung der 2210 Thlr. betragenden Kosten der Pflasterung dieser Straße hervor. Nachdem ein Antrag, die Beschlußfassung über diesen von der gemischten und der Finanz-Kommission einstimmig befürworteten Antrag vorläufig auszusetzen und zunächst die durch Herrn de la Barre in gestriger Sitzung gemachte Verkaufs-offerte des Speichergrundstücks des Fräuleins Wegner näher zu prüfen, abgelehnt war, genehmigte die Versammlung mit großer Majorität die Magistratsvorlage unter der Bedingung: 1) daß im Interesse des allgemeinen Verkehrs ein Seitenverkehr der neu anzulegenden Straße nicht stattfinden dürfe und 2) daß die Stadt aus der Feuer-Societätskasse zur theilweisen Deckung des Kaufgeldes die dem Herrn Brumm in Folge des letzten Brandschadens zuständige Vergütung von 7810 Thlr. auch selbst in dem gegebenen Falle, in welchem der abgebrannte Theil der Gebäude nicht wieder erbaut werde, erhalte, wobei wir bemerken, daß Herr Brumm bereit ist, jene Vergütung der Stadt kontraktlich zu überweisen, so daß letztere in Wirklichkeit also nur 34,400 Thlr. zu zahlen hat.

Die in der Wallstraße Nr. 2 wohnhafte unverheiratete Marie Hölldorf, Mutter von zwei auferhebelichen Kindern, ist in letzter Nacht ohne vorherige Krankheit plötzlich gestorben. Da dieselbe mit ihren Kindern in den kümmerlichsten Verhältnissen lebte, liegt in Verbindung mit dem Umfange, daß die H. nach Aussage ihres 7jährigen Sohnes in der Nacht etwas getrunken habe und dann plötzlich leblos auf ihr Bett gefallen sei, die Vermuthung nahe, daß die Verorbene durch Genuß von Gift oder Schwefelsäure ihr Leben vorsätzlich geendet. — Dem Major von der Kavallerie Grafen Hensel v. Donnermarsch vom Reserve-Landwehr-Bataillon (Stettin) Nr. 34 ist die Erlaubniß zur Anlegung der großherzoglich badischen Felddienstausszeichnung erteilt.

Am 11. d. Mts. hat sich in Berlin die

Aktien-Gesellschaft „Pommersche Eisengießerei“ und Maschinenbau-Anstalt zu Stralsund“ konstituiert. Eine öffentliche Subscription der Aktien findet nicht statt, da das ganze Aktienkapital bereits placirt ist.

Der Spezial-Kommissarius, Regierungsrath Stoeckel ist von Greifswald nach Coblen und der Spezial-Kommissarius, Regierungs-Assessor v. Voigt von Coblen nach Dramburg versetzt.

**Stralsund, 10. Dezember.** Gestern konstituirte sich auch hier ein Zweigverein für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung, welcher dasselbe für die Invaliden des französischen Krieges zu leisten beabsichtigt, was die Viktoria-National-Invaliden-Stiftung für die Invaliden des Jahres 1866 leistet, Unterstützung in allen den Fällen, wo die Staatsbehilfe entweder nicht ausreicht oder nach den gesetzlichen Bestimmungen gar nicht eintritt.

### Bemerktes.

**Lemberg.** In der Ferdinands-Kaserne in Lemberg wohnt eine Wachtmeisterfamilie. Im Juni d. J. ging, wie der „Freimüthige“ erzählt, die Frau des Wachtmeisters mit ihrem neunjährigen Sohne zur Beichte, und zwar in die Jesuitenkirche. Zuerst kam der Knabe an die Reihe. Der Vater fragte ihn, was er werden wolle? Die Antwort lautete: Soldat! Der Jesuit mißbilligte diesen Entschluß und meinte: Er solle Geistlicher werden, da er als solcher bestimmt in den Himmel kommen werde. Nach dem Sohne kam die Mutter an die Reihe. Dieselbe Frage — die nämliche Antwort. Die Frau sagte auch: „Ich und mein Mann sind Soldatenkinder, folglich soll er's auch werden; hätte ich zwei Söhne, so würde ich einen dem Priesterstande widmen!“ Darauf entfernte sie sich ohne Absolution und erzählte ihrem Manne das Erlebte. Dieser empfahl Vorsicht und Aufmerksamkeit. Am 21. Juli waren Mutter und Sohn allein in der Wohnung, die erstere wurde unter dem Vorwande, ihre Hühner seien aus dem Steige entwischt, von dem Sohne des Stabs-Feldwebels in einen entfernten Hof gelockt, als sie zurückkam, war ihr Sohn — verschwunden. Wieder sagte ein Mann aus, der Stabs-Feldwebel habe den Knaben fortgeführt. Die Anzeige bei der Polizei war ein Schlag ins Wasser; der Wachtmeister, um seinen Sohn zu suchen, bat um Urlaub, wurde aber abgewiesen. Nun begann die Mutter, ihrem Sohne nachzuforschen. Nach acht Tagen erfuhr sie durch Milchmädchen, ein Knabe befindet sich im Pfarrhose, dort jagte man: er sei der Sohn eines Stabs-Feldwebel und werde in das Jesuiten-Seminarium kommen. Die Frau des Wachtmeisters eilte zum Gendarmerie-Kommando, bat um Durchscheidung des Pfarrhofes; die Gendarmerie wies sie ans Militär-Kommando. Inzwischen war der Pfarrer mit dem Knaben, nach Aussage von Leuten, zum Bischof gefahren. Der Pfarrer, zum Militär-Kommando berufen, sagte: Der Knabe sei ihm gebracht worden; die Sache gebe das Militär nichts an, u. s. w. Die Frau des Wachtmeisters erhielt den Trost, sie werde ihr Kind schon erhalten, das Militär-Kommando werde sich an das Konfistorium wenden. Monate vergingen, der Knabe wurde den Eltern nicht zurückgegeben. Mitte November reiste die Mutter nach Wien und erhielt für den 23. eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. — So weit reichen die Nachrichten des „Freimüthigen.“

### Literarisches.

Bon Jr. Spielhagen's neuestem dreibändigen Roman: „Alzeit voran“ (Verlag von Otto Janke in Berlin) ist bereits die zweite Auflage erschienen.

### Börsen-Berichte.

**Stettin 13. Dezember.** Wetter regig. Wind SW. Barometer 28 $\frac{1}{4}$  4". Temperatur Morgens — 1° R. Mittags + 1° R.

#### An der Börse.

Weizen matt, loco per 2000 Pfund nach Qualität alter gelber geringer 68—72 Rg., besserer 73—77 Rg., neuer gelber geringer 69—73 Rg., besserer 74—77 Rg., feiner 78—79 Rg., per Dezember 79 Rg. bez. u. Br., per Frühjahr 81, 80 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., per Mai-Juni 81 Rg. Dr.

Roggen still, loco per 2000 Pfund nach Qualität alter geringer 50—52 Rg., neuer 53—54 Rg., feinsten 54 $\frac{1}{2}$  Rg., per Dezember 54 Rg. Dr., Dezember-Januar u. Januar-Februar 54 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., 54 $\frac{1}{2}$  Rg. Dr., per Frühjahr 55 $\frac{1}{2}$  Rg. bez. u. Br., 55 $\frac{1}{2}$  Rg. Dr., per Mai-Juni 56 Rg. Dr.

Gerste ohne Umfas. Oker etwas stiller, loco per 2000 Pfd. nach Qualität 42—45 $\frac{1}{2}$  Rg., per Frühjahr 46 Rg. Dr., per Mai-Juni 46 $\frac{1}{2}$  Rg. bez.

Erbisen unbedeutend, loco per 2000 Pfd. nach Qualität hiesiger 48—49 $\frac{1}{2}$  Rg., loco 50—51 Rg., Frühjahr Futterm. 51 $\frac{1}{2}$  Rg. Dr.

Winterrüben per 2000 Pfund nach Qualität per Dezember 122 $\frac{1}{2}$  Rg. bez.

Rübsil wenig verändert, per 200 Pfd. loco 27 $\frac{1}{2}$  Rg. Dr., per Dezember 27 Rg. Dr., per April-Mai 28 Rg. bez., u. Br.

Spiritus wenig verändert, per 100 Liter a 100 Prozent loco ohne Fas 22 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., mit Fas 22 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., per Dezember, 22 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., per Dezember-Januar u. Januar-Februar 22 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., per Frühjahr 22 $\frac{1}{2}$  Rg. bez., 2 $\frac{1}{2}$  Rg. bez.

Petroleum loco 6 $\frac{1}{8}$ , 7 $\frac{1}{12}$ , 7 $\frac{1}{8}$ , 7 $\frac{1}{4}$  Rg. bez., per Dezember-Januar 6 $\frac{1}{8}$  Rg. bez. u. Br., per Februar 6 $\frac{1}{8}$  Rg. bez. u. Br.

Angemeldet: 3000 Centner Roggen, 2000 Centner Rübsen, 10,000 Liter Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 79 Rg., Roggen 54 Rg., Rübsil 27 Rg., Spiritus 22 $\frac{1}{2}$  Rg., Winterrüben 122 $\frac{1}{2}$  Rg.

#### Landmarkt.

Weizen 78—82 Rg., Roggen 50—56 Rg., Gerste 40—44 Rg., Oker 28—32 Rg., Erbsen 54—58 Rg., Kartoffeln 18—22 Rg., Heu pr. Ctr. 12 $\frac{1}{2}$ —17 $\frac{1}{2}$  Rg., Stroh per Schock 5—7 Rg.







**W. Steinbrink, Nähmaschinen, W. Steinbrink,**  
Uhrmacher und Mechaniker. Uhrmacher u. Mechaniker.

Singer mit allen Apparaten u. Verschluss 42 Thlr., mit Zierstich 5 1/2 Thlr. mehr,  
Wheeler u. Wilson mit allen Apparaten und Verschluss von 30 Thlr. an,  
Groser u. Vater für Schneider, Armmaschinen für Schuhmacher.  
Handmaschinen von 4 1/2—26 Thlr.

Singer'sche Nähmaschinen von Clemens Müller in Dresden mit den  
neuesten Verbesserungen

sind soeben eingetroffen und kann dieselben als ganz vorzüglich empfehlen, desgleichen die Hand-Nähmaschine  
„Saxonia“ von Clemens Müller, welche in Einfachheit und Leistungsfähigkeit alle Hand-  
Maschinen übertrifft Preis 26 Thlr.

Die Wilcox u. Gibbs-Maschine von Clemens Müller ist bei den Damen als etwas Vorzügliches schon  
hinreichend bekannt.

**Alleinige Niederlage der Clemens Müller'schen Maschinen.**

Aus einer früheren Agentur der Singer Manufacturing & Co. in New-York sind mir  
noch einige Maschinen übrig geblieben, die ich, um damit zu räumen, unter dem Kostenpreise verkaufe, Lieb-  
haber derselben können auf diese Weise billig zu einer sogenannten Original-Maschine kommen.

Auch bin ich noch im Besitz einiger fast ganz neuer Wheeler & Wilson-Maschinen, die ich,  
mit Verschluss und allen Apparaten, zum Preise von 16—23 Thlr verkaufe. Zum bevorstehendem Weihnachtsfeste  
bitte ich daher, Bestellungen rechtzeitig machen zu wollen, da jede Maschine von mir persönlich ge-  
prüft, vervollkommenet und mit wesentlich praktischen Apparaten versehen wird, um den geehrten  
Käufern eine in jeder Hinsicht leistungsfähige Maschine zu übergeben.

Sogenannte Original-Nähmaschinen (amerikanisch) irgend eines Systems werde in Zukunft nicht mehr  
führen, da ich als Sachkenner mit gutem Gewissen die Ansicht aussprechen kann, dass die Einführung von  
Nähmaschinen aus Amerika, theilweise schon jetzt, sicher aber binnen nicht langer Zeit, als  
ein überwundener Standpunkt betrachtet werden kann, denn die deutsche Industrie hat in diesem  
Fache einen solchen Höhepunkt erreicht, dass der Laie schon anfängt die Vortheile und das Bessere zu erkennen,  
dass ja ohnehin schon für einen billigen Preis zu haben ist.

Seit ca. 8 Jahren bin ich auf dem Gebiet der Nähmaschine thätig, führe jede Reparatur an den-  
selben aus, was meinen Käufern eine größere Garantie bietet, als die oft anderweitig angepriesene  
schriftliche.

So manche Besitzerin einer Nähmaschine hat mir ihre Noth geklagt, ihre Maschine  
geht durchaus nicht, und wo sie dieselbe gekauft, verstehen sie nichts davon. Mit Recht  
kommen dadurch die Maschinen im Allgemeinen in Misscredit.

Was nun die Fabrikation von Nähmaschinen in großen Massen betrifft, so kann nach meiner Erfahrung  
(es liegt ja auch d. m. Laten klar), dies nur bis zu einer bestimmten Höhe von Werth sein, darüber hinaus hört jede  
Kontrolle und jede Garantie für gute Arbeit auf. Denke man sich eine Fabrik, wo täglich 100—300 Maschinen  
fabricirt werden, und wo Jeder viel verdient, wo man er nicht viel zusammenhämmt, was da oft für Monstrums von  
Maschinen fortgehen, die nachher das Publikum in seiner Unkenntnis für schweres Geld kauft. Beweise sind beizubringen.

Von mir wird jede Maschine bis ins kleinste persönlich geprüft, abgeholt und verbessert, und dennoch  
kann es vorkommen, obgleich ich den größten persönlichen Vortheil davon habe, wenn meine Maschinen von vornherein  
fehlerfrei sind, dass ich eine Kleintaste übersehe, die aber nachher sofort abgeholt wird; wie es mehr in einer großen  
Fabrik, wo ein Arbeiter heute hier, morgen dort ist, und dem jedes persönliche Interesse fehlt.

Die oft ausgesprochene Behauptung, dass in großen Fabriken ein Theil der Maschine so genau gemacht wird,  
dass er in jeder andern Maschine nur bineingesteckt werden darf, um sofort zu passen, ist ein Schwindel, der sich leicht  
beweisen lässt, und nur als Klame dient.

Ich glaube volle Sachkenntnis und strenge Redlichkeit zu besitzen. Das geehrte Pub-  
likum möge sich daher mit vollem Vertrauen an mich wenden, da ich Commissionäre und  
Hausierer nicht halte. Der Unterricht ist stets frei.

**W. Steinbrink,**

Uhrmacher und Mechaniker,  
Münchenstraße 27.

Unsere

**Weihnachts-Ausstellung**

ist eröffnet

und laden zum geneigten Besuche ergebenst ein.

**Rudolf Scheele & Co.**

**A. Toepfer, Hoflieferant, Schulzen- u. Königsstrassen-Ecke,**  
Magazin für Haus- und Küchengeräthe.

**WEIHNACHTS-AUSSTELLUNG**

von nützlichen und praktischen Gegenständen des Haushalts,  
welche zu Geschenken geeignet sind.



Zu nützlichen  
**Weihnachts-Geschenken**  
empfehle

**Regenschirme**

in Röber von 15 Gr., Alpacca u. Fanella,  
8. u. 12theilig, von 25 Gr. Seide, 8., 12  
u. 16theilig von 2 Gr. an. Regenschirme  
in schwerer Seide u. Doppelstoffen, Schwarz-  
pence, braun-pence u. mit Patent-, Stahl- u.  
Klebe- u. Geseilen in elegantester Ausstattung,  
Kinder-Regenschirme, Pappenschirme u. Kinder-  
Sonnenschirme zu äußerst billigen Preisen.  
Reparaturen u. Bezüge schnell, sauber und billig  
in der

**Schirm-Fabrik**

von  
**Gustav Franke, untere Schulstr. 28,**  
im Hause der Eichhörnchen-Bräuterei.

- Tabackspfeifen,
- Cigarrenspitzen,
- Handstöcke,
- Cigarrenkasten,
- Tabacksdosen,
- Cigarrentaschen,
- Jagdgeräthe,
- Bernsteinwaaren,
- Elfenbeinwaaren,
- Thierköpfe,
- Feuerzeuge,
- Domino u. Schachspiele

empfehle  
**C. L. Kayser.**

Zu  
**Weihnachts-  
Geschenken**

empfehle mein reichhaltiges Lager aller Arten von Uhren  
sowie Gold-, Silber- und Messingwaren in schönem  
Gold zu äußerst billigen Preisen  
**H. Koehler, Breitstr. u. Paradeplatz-Ed.**

**Die Weinhandlung von  
Fraissinet & Kaeber,**

Victoriaplatz 2,

setzt zur Verkleinerung ihres noch sehr  
bedeutenden Lagers den Ausverkauf von  
**Weinen** etc. zu billigen Preisen fort  
und gewährt bei Abnahme grösserer  
Parthien besondere Vortheile.

14—15. Gr. Domstraße 14—15.

Anfertigung sämtlicher Haararbeiten,  
Flechten, 3 Loth schwer, von 2 1/2 Thlr.  
bis 8 Thlr., Flechten, 5 Loth schwer, 4  
Thlr. bis 12 Thlr. sind stets fertig in  
allen Farben.

WB. Flechten werden von ausgelämmten  
Haaren zu 15 Gr., Damenscheitel zu  
2 Thlr., Raum-Toupetts zu 20 Gr.,  
Bestellungen nach ausserhalb dauerhaft und  
unter Garantie angefertigt bei

**Otto Lucas,**

Coffeur,

14—15 gr. Domstr. 14—15.

**Der Salon**

zum Haarschneiden, Frisiren  
und Rasiren

**Otto Lucas,**

besteht sich  
Gr. Domstraße 14—15.

Ein verheirateter tüchtiger Biegler der in allen in sein  
Fach greifend n Branchen erfahren und auf einer großen  
Bühne 12 Jahre lang und die besten Zeugnisse auf  
zu weisen hat, trat zum 1. April 1872 eine Stelle die  
mit lohnenden Ansätzen betrieben wird.  
Näheres in der Exped. d. Blattes.

**Stadt-Theater.**

Donnerstag. Klaffer. Originalposse mit Gesang in  
3 Akten von G. Willsa.